NR. 157 14.10.2015

ukraine-analysen

www.laender-analysen.de/ukraine

DIE KOHLEINDUSTRIE
DAS GESCHÄFTSKLIMA
DER UMWELTSCHUTZ

- ANALYSE
  Die Kohleindustrie in der Ukraine im Kontext des Donbas-Konfliktes 2
  Oleg Savitsky, Kiew, und Robert Sperfeld, Berlin
- TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT
  Die Kernzahlen des ukrainischen Kohlesektors 5

- KOMMENTAR
  Das Geschäftsklima in der Ukraine. Welche Veränderungen erwartet die ukrainische Wirtschaft nach anderthalb Jahren Krieg und nach der Wirtschaftskrise? 11
  Oksana Kuziakiv, Kiew
- TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT
  Ergebnisse der regelmäßigen Unternehmensbefragungen zum Geschäftsklima (August 2015) 13

- UMFRAGE
  Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zum Umweltschutz 14

- DOKUMENTATION
  Abschlussbericht zur Absturzursache von Flug MH17 (Auszüge, 13.10.2015) 19

- CHRONIK
  28. September – 11. Oktober 2015 20

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
DGO Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

ANALYSE

Die Kohleindustrie in der Ukraine im Kontext des Donbas-Konfliktes

Oleg Savitsky, Kiew, und Robert Sperfeld, Berlin

Zusammenfassung:
Infolge des Krieges in der Ostukraine ist der Großteil der ukrainischen Kohleförderung zusammengebrochen. Zahlreiche Bergwerke sind stark beschädigt und befinden sich in Gebieten, die nicht mehr von der ukrainischen Regierung kontrolliert werden. Ohnehin sind Anlagen und Infrastruktur der monopolistisch aufgebauten Kohlewirtschaft zumeist überaltert, ineffizient und entsprechen nicht den Umwelt- und Arbeitsschutzstandards. Am Leben gehalten wurde der Sektor schon in der Vergangenheit v. a. von korrupten Netzwerken aus Politik und Wirtschaft, die hohe Subventionen aus dem Staatshaushalt sicherten. Viele Gründe sprechen dafür, mittel- bis langfristig auf eine tragende Rolle der Kohle als Energieträger für die Ukraine zu verzichten. Die Anforderungen der Europäischen Energiegemeinschaft stellen einen guten Referenzrahmen für Reformen der Märkte dar. Sie ersetzen aber nicht die dringend nötige politische Debatte über die Ziele der Energiepolitik und den anzustrebenden zukunftsfesten Energiemix der Ukraine.

Einleitung

Die Auswirkungen des russisch-ukrainischen Konfliktes auf den ukrainischen Kohlesektor im Donbas stehen bisher relativ stark im Schatten der Diskussion um die Energiepolitik des Landes. Aufgrund des zumindest in der Vergangenheit sehr hohen politischen Erpressungspotenzials im Zusammenhang mit den russischen Gaslieferungen an die Ukraine und durch die Ukraine in die EU steht zumeist der Gassektor im Zentrum der Betrachtungen. Für die Energiepolitik des Landes sind aber Reformen im Kohlesektor von mindestens gleichwertiger Bedeutung.

Mit einem Anteil von 35,8 % am Energiemix war Kohle im Jahr 2013 der wichtigste Primärenergieträger der Ukraine – noch vor Erdgas mit 34,1 % und Atomkraft mit 18,9 % (s. Grafik 1 auf S. 5). Genutzt wurde die Kohle vor allem zur Stromerzeugung, in der metallurgischen Industrie und zur Wärmeversorgung. Nach verschiedenen Statistiken lag der Gesamtverbrauch an Kohle in der Ukraine im Jahr 2012 zwischen 61 und 74 Millionen Tonnen, bei (Netto-)Importen in Höhe von neun Millionen Tonnen (s. Grafik 2 auf S. 6).

Kohlevorkommen und -förderung

Die Kohlevorkommen in der Ukraine (inkl. Donbas) machen 3 % der weltweit nachgewiesenen Reserven dieses Rohstoffs aus. Sie sind im Donezker und im Lwiw-Wolyner Steinkohlebecken sowie in einem Braunkohlevorkommen entlang des Dnipro konzentriert. 95 % der Steinkohlevorkommen lagern jedoch im Donezker Becken, das sich über die Gebiete Lugansk, Donezk und Dnipropetrowsk erstreckt. Braunkohle wird lediglich in sehr geringem Umfang, zumeist für Brikettexporte, genutzt. Im Lwiw-Wolyner Becken werden jährlich in 13 noch aktiven staatlichen Minen etwa zwei Millionen Tonnen Kohle von überwiegend geringer Qualität gefördert. Damit ist deutlich geworden, dass vor allem der Donbas im Zentrum der Betrachtungen der ukrainischen Kohleförderung steht, wo im Jahr 2012 aus durchschnittlich 700 Metern Tiefe etwa 65 Millionen Tonnen gefördert wurden. Die Kohleflöze sind mit einer Stärke von zumeist 1,0 bis 1,2 Metern vergleichsweise dünn. Die Minen sind im Schnitt schon 45 Jahre aktiv. Geschätzte 10 % der Gesamtförderung werden illegalen Minen zugeschrieben, die Teil von großangelegten Korruptionspraktiken der Janukowitsch-Zeit waren (s. Ukraine-Analysen 112).

Infolge des Krieges in der Ostukraine sind von 82 Minen im Donezker Becken lediglich 23 in Gebieten verblieben, die noch von den ukrainischen Behörden kontrolliert werden. Die gesamte Förderung der höherwertigen Anthrazit-Kohle befindet sich in den von den Separatisten kontrollierten Gebieten. Viele der Minen wurden entweder direkt in Kampfhandlungen beschädigt oder infolge von Stromausfällen ganz oder teilweise geflutet. Selbst bei günstigsten politischen Rahmenbedingungen ist damit eine Rückkehr zu früheren Förderniveaus praktisch ausgeschlossen. Der Rückgang der Förderung durch den Konflikt wird auf 60 % geschätzt. Dadurch erhöhten sich die Importbedarfe signifikant. Ein besonderer Mangel herrscht bei der Versorgung mit Anthrazit-Kohle, denn die betroffenen Industrien und Kraftwerke können aus technischen Gründen nicht ohne Weiteres auf andere Kohle umstellen. Nach vorläufigen Daten hat die Ukraine im Zeitraum Januar bis Juli 2015 Kohle im Wert von ca. einer Milliarde Dollar importiert, etwa die Hälfte davon aus Russland.

Kohle im Strom- und Wärmesektor

Die Stromerzeugung aus Kohle und Gas erfolgt unter der Regie von fünf Unternehmen, die insgesamt 14 Großkraftwerke betreiben. Centerenergo ist ein bis-

lang staatliches Unternehmen mit drei Kraftwerken. Die Unternehmen Dniproenergo, Zakhidenergo und Shidenergo gehören zu Rinat Achmetows DTEK-Konzern und betreiben neun Kraftwerke. Donbasenergo mit seinen weiteren zwei Kraftwerken wurde 2013 an eine nur zwei Monate zuvor gegründete Investment-Firma des auch mit Achmetow verbundenen Geschäftsmanns Ihor Humenuk verkauft. Die Privatisierungswelle unter Janukowitsch hat somit stark monopolisierte Strukturen hinterlassen.

Insgesamt sind in der Ukraine 21,9 GW Stromerzeugungskapazität aus Kohlekraftwerken am Netz, im Vergleich zu ca. 5 GW aus gasbasierten Kraftwerken und Atomkraftwerken mit einer Leistung von 13,8 GW. Der Auslastungsgrad der Kohlekraftwerke lag nur bei 35 %, denn die Grundlast wird v. a. von den Atomkraftwerken abgedeckt und ein Großteil der Kohlekapazitäten wird in sehr ineffizienter Weise nur für Spitzenlasten genutzt. Die Kraftwerksblöcke sind überwiegend sehr alt und haben entsprechend hohe Emissionsniveaus.

Auch das Netz muss in großen Teilen als marode betrachtet werden. Die Verluste bei der Stromübertragung und -verteilung summieren sich auf mehr als 12 % des Gesamtverbrauchs – ein etwa doppelt so hoher Anteil wie in Polen.

Die überwiegend von staatlichen Unternehmen betriebene Fernwärmeversorgung in ukrainischen Städten stützt sich zu ungefähr 30 % auf Kohle, wobei der Anteil im Westen des Landes niedriger, im Osten aber höher liegt. Privatisierungen sind auch in diesem Bereich vorgesehen.

Klima- und Umweltschutz

Mit einer der weltweit höchsten CO_2-Intensitäten gehört die ukrainische Volkswirtschaft zu den 20 größten CO_2-Emittenten auf dem Globus. Pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts setzt die Ukraine mehr als doppelt so viel CO_2 frei wie das atomstromfreie und noch stärker kohleabhängige Polen oder mehr als dreimal so viel wie die Türkei. Aufgrund der insgesamt niedrigen Wirtschaftskraft lagen gleichzeitig die Pro-Kopf-Emissionen mit 6,3 Tonnen CO2e niedriger als etwa in Deutschland oder Polen mit 8,9 bzw. 8,3 CO2e (Zahlen für 2013). Der Kohlesektor ist dabei für die Hälfte der Treibhausgasemissionen des Landes verantwortlich (s. Tabelle 2 auf S. 8).

Die Umweltmanagement-Standards der Unternehmen im Kohlesektor sind sehr niedrig. Gesetzliche Regelungen zum Umweltschutz werden oft nicht eingehalten. Aus der Kohleindustrie stammen 80 % der Schwefeldioxidemissionen sowie 25 % der Stickoxidemissionen des Landes. Die Emissionsniveaus ukrainischer Kohlekraftwerke überschreiten EU- und nationale Standards um das Fünf- bis 30-fache. Die Staub-Emissionen sind bis zu 45mal höher als die geltenden EU-Grenzwerte. Besonders besorgniserregend ist die Lage um die unkontrollierten illegalen Kohleminen. Auch die Konsequenzen der Flutungen einiger Minen infolge der Kriegshandlungen sind nicht absehbar.

Soziale und Gesundheitsaspekte

Schätzungen gehen für das Jahr 2013 von etwa 450.000 Beschäftigten in Kohleförderung, -verarbeitung und -kraftwerken aus. Im Vergleich zur Produktion ist diese Zahl – trotz aller statistischen Unsicherheiten bei diesen Überlegungen – sehr hoch, was auf eine sehr niedrige Arbeitsproduktivität schließen lässt. Aufgrund der sehr alten Anlagen und der sehr niedrigen Arbeitsschutzstandards sind die Arbeitsbedingungen oft katastrophal und Unglücksfälle zahlreich. Allein im Jahr 2014 starben 99 Beschäftigte bei der Arbeit. Die Luftverschmutzung aus den Kraftwerken und aus der Stahl- und Chemieindustrie stellt ein ernstes Problem für die Gesundheit Hunderttausender Menschen in den betroffenen Regionen dar. Zehntausende Todesfälle werden jährlich der Luftverschmutzung in der Ukraine zugeschrieben.

Kohlepolitik

Die Energiepolitik der Ukraine wurde insbesondere in der Amtszeit von Präsident Wiktor Janukowitsch sehr weitgehend durch private Wirtschaftsinteressen einiger Oligarchen gesteuert. Nach Janukowitschs Amtsantritt im Jahr 2010 wurden die wichtigsten und lukrativsten Bestandteile des ukrainischen Kohlesektors privatisiert und gelangten auf diese Weise monopolistisch unter die Kontrolle Rinat Achmetows (s. Tabelle 3 auf S. 9). Der Kohlesektor wurde somit zu einer größeren Belastung für die Staatskassen. 3,8 % des Staatshaushaltes oder ca. 1,3 Mrd. Euro flossen im Jahr 2012 in direkte Subventionen an die Minenbetreiber (s. Tabelle 4 auf S. 9). Die Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Energiegemeinschaft (EEG) seit 2010 und die daraus resultierenden Anforderungen an die Politik scheinen diese Praxis in keiner Weise begrenzt zu haben. Die Energieintensität der Ukraine, also das Verhältnis des Primärenergieeinsatzes pro Einheit Bruttoinlandsprodukt, war im Jahr 2012 um den Faktor 2,76 schlechter als im Schnitt der Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur (IEA).

Für den aktuellen Reformprozess im Energiesektor setzen die Verpflichtungen aus der EEG-Mitgliedschaft einen hilfreichen Referenzrahmen, der in vielerlei Hinsicht die Reformrichtung vorgibt und der Monopolisierung im Sektor entgegenwirkt. Eine Festlegung auf den Umfang der Nutzung bestimmter Energieträger wird dabei freilich nicht getroffen. Seit Amtsantritt der neuen

Regierung beschränkte sich die Kohlepolitik aus nachvollziehbaren Gründen vor allem auf Ad-hoc-Krisenmanagement und die Sicherung der Versorgung des Landes mit Strom und Wärme. Eine belastbare Strategie für die zukünftige Entwicklung des Kohlesektors angesichts der veränderten Rahmenbedingungen liegt derzeit nicht vor. Das aktuelle Analysepapier des Nationalen Ökologischen Zentrums der Ukraine (NECU) und des Kiewer Büros der Heinrich-Böll-Stiftung (s. Lesetipp), das Grundlage für diesen Artikel ist, soll einen Beitrag dazu leisten, eine breitere öffentliche Debatte über die Zukunft des Kohlesektors im Land anzustoßen.

Der derzeitige Entwurf für die »Energiestrategie 2035« spricht zwar auch von Energieeffizienz und der Einführung von Erneuerbaren Energien, sieht aber auf lange Sicht weiterhin eine tragende Rolle der Kohle für die Energieversorgung des Landes und entsprechend umfangreiche Modernisierungen und die Schaffung neuer Kapazitäten vor. Dazu passt das am 23. Juli 2015 vom zuständigen Ministerium veröffentlichte »Reformkonzept für den Kohlesektor 2015–2020«. Es zielt auf eine Wiederbelebung des Kohlesektors und sieht erst für das Jahr 2021 ein Auslaufen umfangreicher Beihilfen für die Industrie aus dem Staatsbudget in Höhe von über elf Milliarden Griwna (ca. 500 Mio Euro) im Zeitraum 2015 bis 2020 vor. Szenarien für eine dauerhaft reduzierte Eigenförderung mit entsprechenden volkswirtschaftlichen Implikationen durch erhöhte Importe fehlen ebenso wie seriöse Vergleiche mit Szenarien für einen schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Die Autoren haben sowohl Realitäten vor Ort als auch globale Trends offenbar noch nicht zur Kenntnis genommen. Weltweit wird mittlerweile viel mehr in Erneuerbare als in Fossile Energien investiert. Die Preise von Wind- und Solarstrom sind inzwischen vielfach wettbewerbsfähig. Selbst in China war der Kohleverbrauch im Jahr 2014 erstmals rückläufig. Wenn zudem die Weltgemeinschaft ernsthaft am Zwei-Grad-Ziel für die weltweite Klimaerwärmung festhalten will, dann ist klar, dass Investitionen in neue Kohleprojekte eigentlich nicht mehr getätigt werden dürfen. Beihilfen sollten in diesem Kontext lediglich noch für geordnete Abwicklungen statthaft sein.

Fazit und Ausblick

Durch den Krieg in der Ostukraine hat das Land die Kontrolle über seine eigenen Kohleressourcen weitgehend verloren. Selbst wenn die Regierung die Macht in der Region schon bald wieder übernehmen könnte, gäbe es keinen Grund für einen Wiederaufbau bzw. eine Modernisierung der Kohleindustrie im vorherigen Maßstab. Schon vor dem Krieg hat die Industrie nur dank üppiger Subventionen und mit verheerenden Kosten für die Umwelt und die Gesundheit sowohl der Beschäftigten als auch der Bevölkerung in den betroffenen Regionen überlebt. Auch die nicht vom Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Minen, Leitungen, Kraftwerke und Industriebetriebe haben zum größten Teil das Ende ihrer technischen Lebensdauer erreicht oder schon überschritten. Ersatzinvestitionen müssen nun vor allem in die Zukunft weisen, zumal ein Festhalten an der Kohle im großen Maßstab die Abhängigkeit von Importen nur zementieren würde. Die Zukunft liegt zuallererst in der Erhöhung der Energieeffizienz. Hierin liegen riesige Potenziale zur Reduzierung des Verbrauchs, selbst bei neuem Wirtschaftswachstum.

Das Design eines neuen Energiemixes für die Ukraine stellt dennoch eine große Herausforderung dar. Auch die zweite Säule der Stromversorgung im Land neben der Kohle, die Atomkraft, steht vor Umbrüchen, da große Teile der Erzeugungskapazitäten ebenso das Ende ihrer Laufzeiten erreicht haben und in absehbarer Zeit vom Netz genommen werden müssen. Hierfür zukunftsweisende Szenarien zu entwickeln – das ist eine der bedeutendsten Aufgaben für die aktuelle Energiepolitik in der Ukraine. Viel spricht dafür, dass auf lange Sicht vor allem die preiswerte Wind- und Solarenergie den Löwenanteil der Versorgung übernehmen wird. Kohle und Atomkraft sind technisch schlecht geeignet, um die dezentrale und fluktuierende Erzeugung von Wind und Sonne in effizienter Weise auszugleichen. Kurzfristig kann hilfreich sein, dass ca. 5 GW gasbasierte Stromerzeugungskapazitäten reaktiviert werden können, um Spitzenlastverbräuche vergleichsweise flexibel und effizient auszugleichen. Die Lage auf dem Gasmarkt hat sich für die Ukraine im Verlaufe des Jahres 2015 etwas entspannt. Durch sinkende Preise auf dem Weltmarkt und die technische Ermöglichung signifikanter Lieferungen aus der EU hat Russland seine vormalige Monopolstellung verloren. Die Energiepolitik muss mittelfristig nicht länger von der Sorge um die Stabilität der Gaslieferungen überlagert sein.

Was muss getan werden? Um die energiepolitischen Zielsetzungen von Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Kosteneffizienz verfolgen zu können, bedarf es im gegebenen Rahmen der Europäischen Energiegemeinschaft einer fundamentalen Reorganisation des Energiesektors, basierend auf den Prinzipien der Transparenz, der Dezentralität und des fairen Wettbewerbs zwischen Unternehmen bzw. Dienstleistern. Ein zentrales Element hierfür wäre der Aufbau einer unabhängigen Regulierungsbehörde für die Energiemärkte. Speziell mit Blick auf den Kohlesektor sollte die Regierung trotz aller kurzfristig erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung im kommenden Winter eine Analyse der verbliebenen Kohleminen sowie der

Kraftwerke mit allen relevanten Daten vorlegen und zu verbindlichen Entscheidungen darüber gelangen, welche Kraftwerke bis wann am Netz bleiben. Somit kann für die Marktakteure eine größere Investitionssicherheit etwa für die Filtertechnik in den übergangsweise noch verbleibenden Kraftwerken und/oder für die Netzmodernisierung und (erneuerbare) Ersatzkapazitäten geschaffen werden.

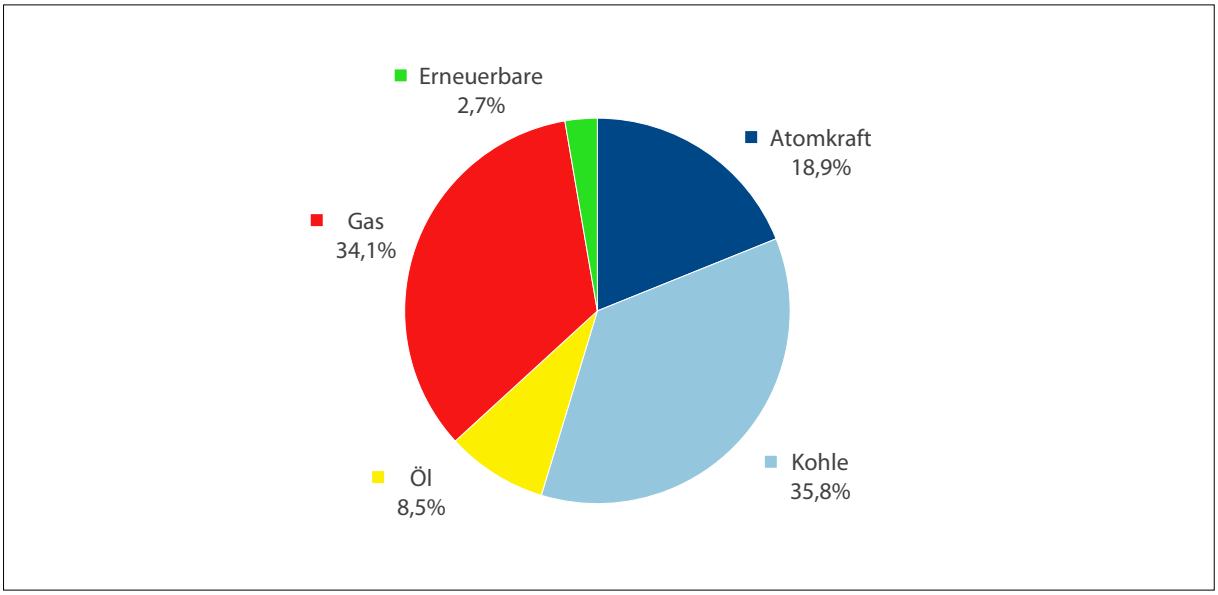
Über die Autoren:
Oleg Savitsky ist Campaigner für Klima- und Energiepolitik im Nationalen Ökologischen Zentrum der Ukraine (NECU) in Kiew.
Robert Sperfeld ist Projektmanager für Ost- und Südosteuropa der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin und hat im Frühjahr/Sommer 2015 interimsweise das Ukraine-Büro der Stiftung in Kiew geleitet.

Lesetipps
- Oleg Savitsky »Towards the end of the coal age in Ukraine?! A review of the Ukrainian coal sector in the context of the Donbas crisis«, Analysepapier der Heinrich-Böll-Stiftung, Veröffentlichung voraussichtlich am 19. Oktober 2015 auf <http://ua.boell.org/uk/publikaciyi>
- Entwurf »Energy Strategy of Ukraine through 2035«, <http://www.niss.gov.ua/public/File/2014_nauk_an_rozrobku/Energy%20strategy%202035%20eng.pdf>

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

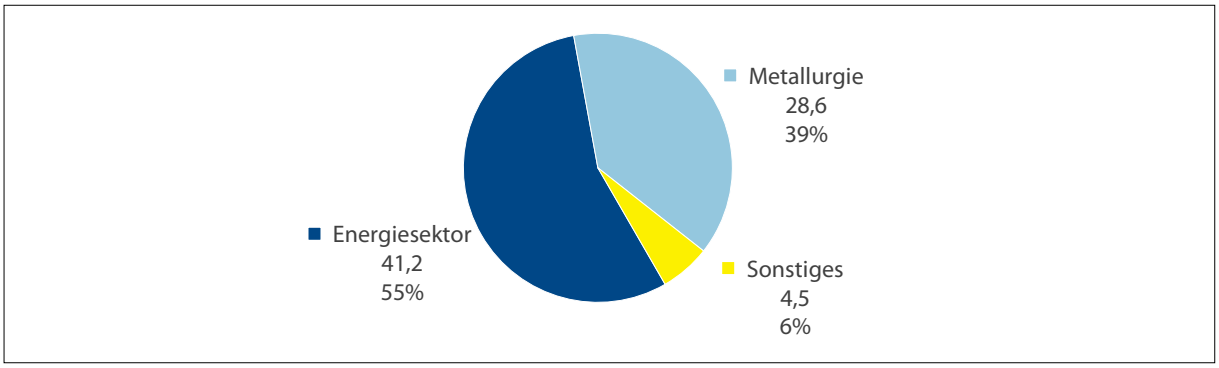
Die Kernzahlen des ukrainischen Kohlesektors

Grafik 1: Primärenergieverbrauch der Ukraine im Jahr 2013, %



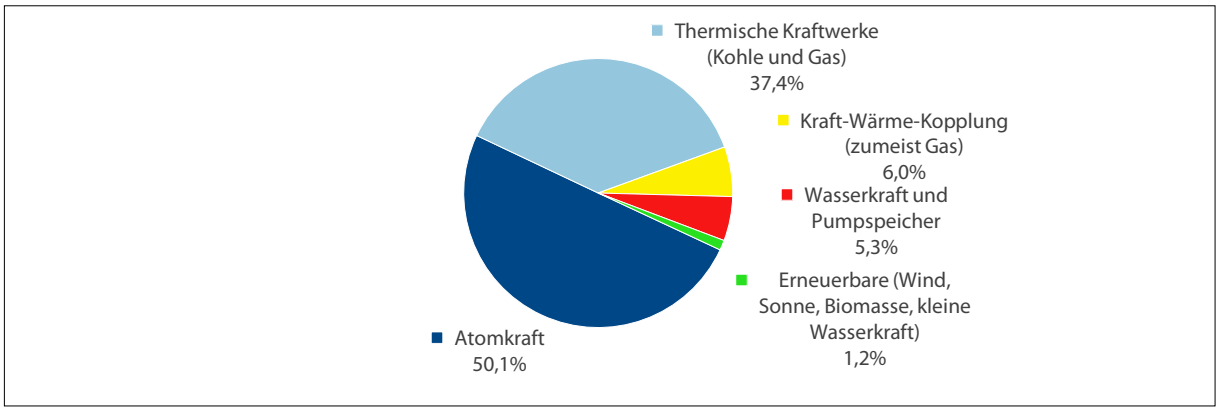
Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine, <http://ukrstat.org/uk/operativ/operativ2014/energ/en_bal/Bal_2013_u.zip>*; Zusammenstellung von Oleg Savitsky und Robert Sperfeld.*

Grafik 2: Kohleverbrauch der Ukraine im Jahr 2012, Millionen Tonnen



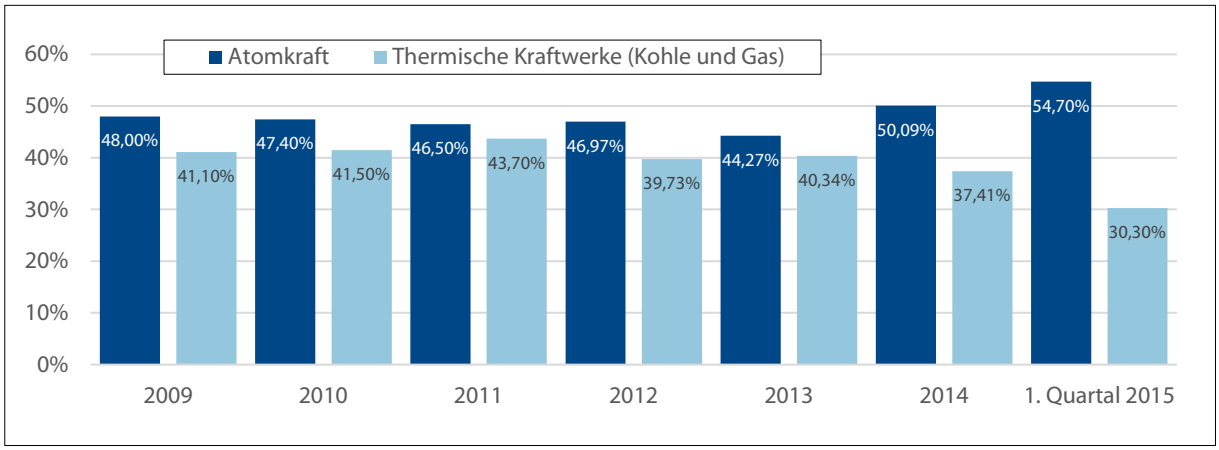
Gesamtverbrauch 2012: 74,3 Mio. Tonnen
Quelle: DTEK-Jahresbericht 2012, S. 49, <http://www.dtek.com/en/investor-relations/annual-reports/2012>*; Zusammenstellung von Oleg Savitsky und Robert Sperfeld*

Grafik 3: Strommix der Ukraine im Jahr 2014, %



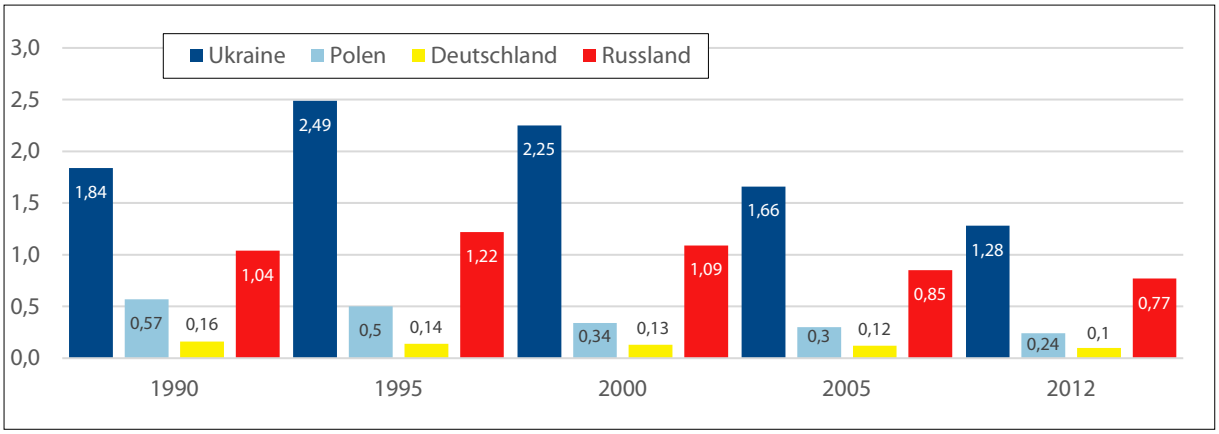
Quelle: Staatsunternehmen »Energorynok«, <http://www.er.gov.ua/doc.php?f=3066>*; Zusammenstellung von Oleg Savitsky und Robert Sperfeld*

Grafik 4: Veränderung der Anteile von Atomkraft und thermischen Kraftwerken an der Stromproduktion der Ukraine in den Jahren 2009–2014 und im 1. Quartal 2015, %



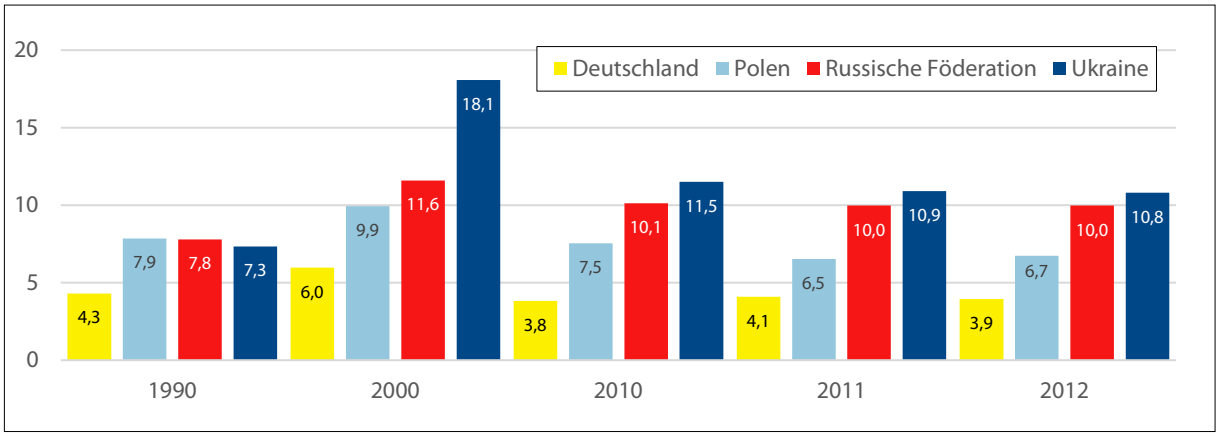
Quelle: Staatsunternehmen »Energorynok«, <http://www.er.gov.ua/doc.php?c=1289>*; Zusammenstellung von Oleg Savitsky und Robert Sperfeld*

Grafik 5: Energieintensität der ukrainischen Wirtschaft im internationalen Vergleich, Öleinheit/Tausend 2005 US-Dollar



Quelle: IEA, <http://energyatlas.iea.org/?subject=-297203538>*; Zusammenstellung von Oleg Savitsky und Robert Sperfeld*

Grafik 6: Übertragungsverluste im Stromnetz der Ukraine im internationalen Vergleich, % der Stromerzeugung



Quelle: Weltbank, <http://data.worldbank.org/indicator/EG.ELC.LOSS.ZS>*; Zusammenstellung von Oleg Savitsky und Robert Sperfeld.*

Tabelle 1: Stromerzeugungskapazität der Ukraine im Jahr 2014, MW

Thermische Kraftwerke (Kohle und Gas)	27.700,0*
Kraft-Wärme-Kopplung und andere	6.599,3
Atomkraft	13.835,0
Wasserkraft	4.668,2
Pumpspeicher	1.185,5
Wind	508,7
Solar	582,0
Biomasse	35,4

** davon entfallen etwa zwei Drittel auf Kohlekraftwerke*

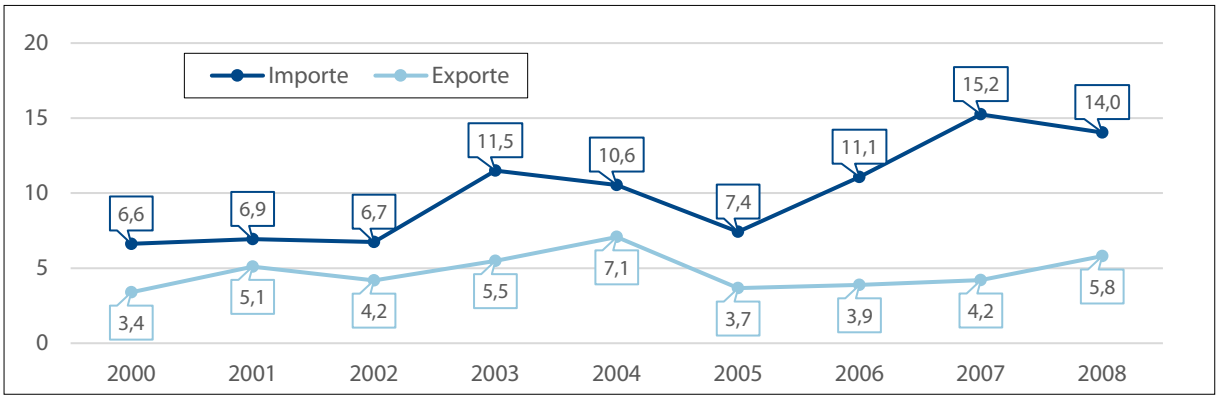
Quelle: Ukrenergo, <http://2014.ukrenergo.energy.gov.ua/ukrenergo/control/uk/publish/article?art_id=182509&cat_id=171201>*; Zusammenstellung von Oleg Savitsky und Robert Sperfeld*

Tabelle 2: CO_2-Emissionen der Ukraine aus Kohleverbrennung, Megatonnen CO_2

	Gesamt	davon aus Kohle	%
1992	559,47	223,717	40,0 %
1995	392,78	183,629	46,8 %
2000	291,96	132,226	45,3 %
2005	305,59	133,342	43,6 %
2009	252,50	115,648	45,8 %
2010	271,66	129,014	47,5 %
2011	285,39	132,998	46,6 %
2012	281,07	145,632	51,8 %

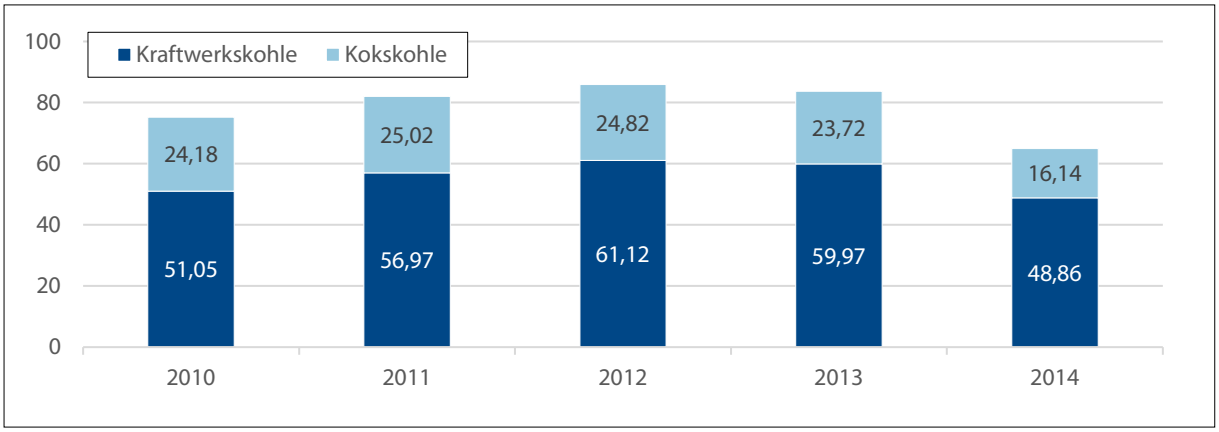
Quelle: IEA, http://energyatlas.iea.org/?subject=1378539487; US Energy Information Administration, <http://www.eia.gov/cfapps/ipdbproject/iedindex3.cfm?tid=1&pid=1&aid=8&cid=UP,&syid=1990&eyid=2012&unit=MMTCD>*; Zusammenstellung von Oleg Savitsky und Robert Sperfeld*

Grafik 7: Kohleimporte und -exporte der Ukraine, Millionen Tonnen



Anmerkung: Amerikanische Tonnen wurden in metrische Tonnen umgerechnet.
Quelle: US Energy Information Administration, <http://www.eia.gov/cfapps/ipdbproject/iedindex3.cfm?tid=1&pid=1&aid=4&cid=UP,&syid=1990&eyid=2012&unit=TST>*; Zusammenstellung von Oleg Savitsky und Robert Sperfeld*

Grafik 8: Kohleförderung der Ukraine nach Kohlesorte, Millionen Tonnen



Gesamtföderung (Mio. Tonnen): 2010: 75,23; 2011: 81,99; 2012: 85,95; 2013: 83,70; 2014: 65,00

Quelle: Ministerium für Energie- und Kohleindustrie der Ukraine, <http://mpe.kmu.gov.ua/minugol/control/uk/publish/officialcategory?cat_id=35081>*; Zusammenstellung von Oleg Savitsky und Robert Sperfeld*

Tabelle 3: Anteil der SCM-Gruppe von Rinat Achmetow an der Kohleförderung der Ukraine, %

	SCM-Gruppe		Gesamtförderung in der Ukraine	%
	DTEK	Metinvest		
2010	19,2	5,8	75,23	33,2
2013	41,4	5,4	83,7	55,9
2014	37,1	3,2	65	62,0

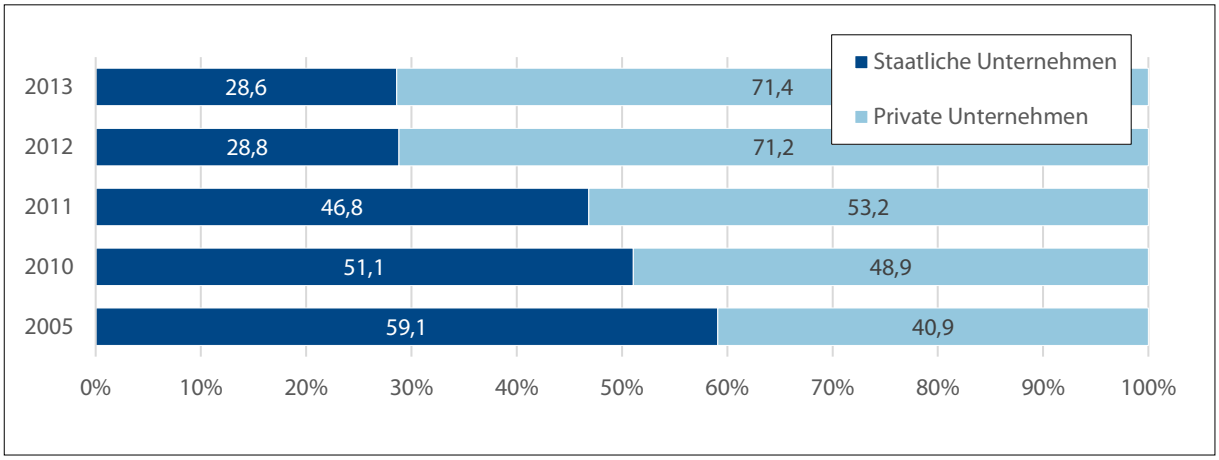
Quelle: DTEK-Jahresberichte 2010-2014, <http://www.dtek.com/en/investor-relations/annual-reports/2014>*; Ministerium für Energie- und Kohleindustrie der Ukraine,* <http://mpe.kmu.gov.ua/minugol/control/uk/publish/officialcategory?cat_id=35081>*; Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen*

Tabelle 4: Kernzahlen der Kohleförderung der Ukraine

	2005	2010	2011	2012	2013
	Anzahl der in Betrieb befindlichen Kohlebergwerke				
Staatliche Unternehmen	145	120	111	99	82
Private Unternehmen	29	32	37	49	53
	Kohleförderung, Millionen Tonnen				
Staatliche Unternehmen	46,1	38,4	38,4	24,8	24,1
Private Unternehmen	31,9	36,8	43,6	61,3	60,2
	Staatliche Unterstützung von staatlichen Kohlebergwerken				
Mrd. UAH	1,8	6,9	9,4	14	14,9
Mrd. Euro*	0,28	0,66	0,85	1,36	1,4

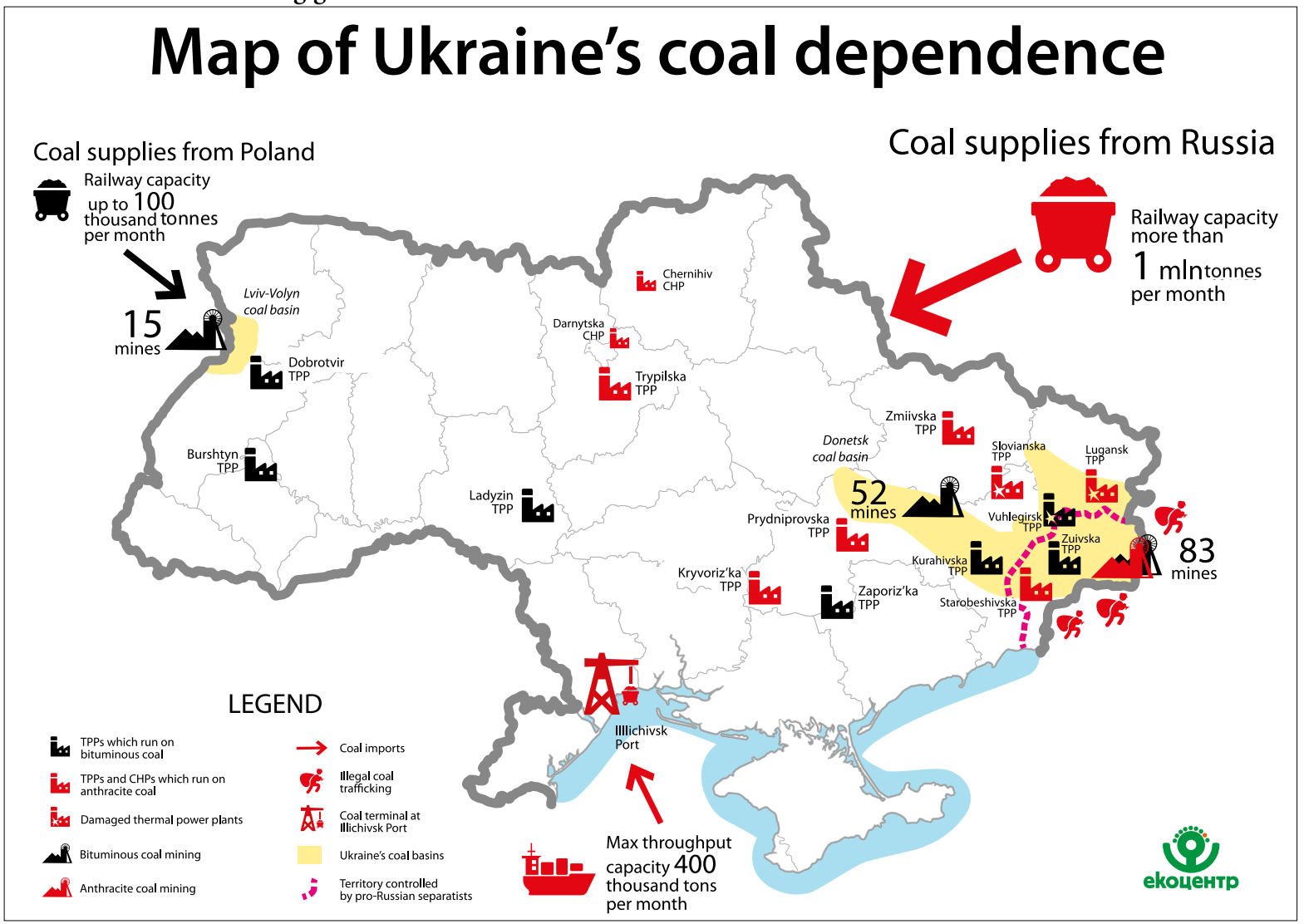
** umgerechnet zum jeweiligen durchschnittlichen Wechselkurs der Nationalbank der Ukraine*
Quelle: Nationales Institut für Strategische Studien, <http://www.niss.gov.ua/articles/1495/>*; Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen*

Grafik 9: Kohleförderung der Ukraine nach Eigentumstyp in den Jahren 2005–2013, %



Quelle: Nationales Institut für Strategische Studien, <http://www.niss.gov.ua/articles/1495/>*; Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen*

Grafik 10: Die Kohleabhängigkeit der Ukraine



Quelle: CC-BY-NC-ND National Ecological Centre of Ukraine 2015 (NECU) <www.necu.org.ua>

KOMMENTAR

Das Geschäftsklima in der Ukraine. Welche Veränderungen erwartet die ukrainische Wirtschaft nach anderthalb Jahren Krieg und nach der Wirtschaftskrise?

Ergebnisse der regelmäßigen Unternehmensbefragungen zum Geschäftsklima

Oksana Kuziakiv, Kiew

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag fasst aktuelle Ergebnisse der vierteljährlichen Umfragen des Institutes für Wirtschaftsforschung und Politikberatung zum ukrainischen Geschäftsklima zusammen. Dargestellt werden die Antworten der Manager zur Einschätzung der Lage, zu Korruption und zu den Folgen des militärischen Konfliktes in der Ostukraine.

Einleitung

Die Ukraine sieht sich auf der einen Seite konfrontiert mit einer tiefen Wirtschaftskrise und großem Reformbedarf sowie auf der anderen Seite mit der militärische Aggression im Osten des Landes, die die Ressourcen und die Mobilisierung der ukrainischen Gesellschaft erfordert. Die Reformen schreiten sehr langsam voran. Die Unternehmen arbeiten in einem sehr unsicheren Umfeld.

In der Einschätzung der ukrainischen Manager bleibt die Qualität des Geschäftsklimas im Lande schlecht, die negativen Einschätzungen überwiegen. Allerdings hat sich der Geschäftsklimaindex (also die Differenz zwischen positiven und negativen Einschätzungen) vom Frühjahr zum Sommer 2015 von -0,35 auf -0,27 verbessert. Dabei ist der Anteil der mit dem Geschäftsklima unzufriedenen Unternehmen von 45 % auf 34 % zurückgegangen und der Anteil der zufriedenen Unternehmen von 5 % im April auf 6 % gestiegen ist.

Noch am ehesten positiv oder – besser gesagt – am wenigsten negativ sehen die ukrainischen Unternehmen ihre eigene finanzielle und wirtschaftliche Lage. Eine negative Einschätzung geben hier nur 35 %. Deutlich schlechter wird die Reformbereitschaft der Regierung eingeschätzt. Hier geben 57 % eine negative Einschätzung.

Im Folgenden werden aktuelle Ergebnisse der vierteljährlichen Umfragen des Institutes für Wirtschaftsforschung und Politikberatung zum ukrainischen Geschäftsklima vorgestellt. Die Umfragen unter Managern in den Regionen der Zentral-, West-, Süd- und Ostukraine finden seit 1996 mit einer gleichbleibenden Respondentengruppe statt, die 450 Unternehmen aller Bereiche der verarbeitenden Industrie umfasst. Die jüngste Umfrage wurde vom 20. Juli bis 10. August 2015 durchgeführt und erhob u. a. die Einschätzung der Folgen des militärischen Konflikt in der Ostukraine. Die ebenfalls im Text vorgestellte Umfrage zur Korruption fand im April/Mai 2015 statt.

Unsicherheit dominiert

Das Verhalten und das Geschäftsergebnis eines Unternehmens werden sehr von dem Grad der Unsicherheit seines Umfeldes beeinflusst. Im Falle von hoher Unsicherheit ist das Verhalten der Unternehmen in der Regel vorsichtiger, die Unternehmen »warten ab«. Genau diese Situation lässt sich derzeit in der Ukraine beobachten. Dies gilt sowohl für die aktuelle Situation als auch für die Erwartungen bezüglich der Zukunft.

Der Anteil der unsicheren Unternehmensleiter, die selbst für die nächsten sechs Monate keine Vorhersagen bezüglich der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung ihres Unternehmens machen können, liegt im Sommer 2015 bei 30 %. Das sind 5 % mehr als im April 2015, aber weniger als vor einem Jahr, als der Wert noch bei 35 % lag.

Eine ähnliche Situation zeigt sich auch beim unternehmerischen Umfeld. In der aktuellen Umfrage trauen sich 32 % der Unternehmen keine Prognose für die Entwicklung der nächsten sechs Monate zu. Auch hier zeigt sich ein Anstieg gegenüber dem Frühjahr, aber der Wert liegt immer noch niedriger als zum Jahresbeginn.

Korruption

Die Ergebnisse der Unternehmensbefragung zu Korruption zeigen, dass die Zahl der Unternehmensleiter, die Korruption für ein verbreitetes Phänomen in ihrem Geschäftsumfeld betrachten, nach einem Rückgang 2014 jetzt sogar leicht über den Wert von 2013 gestiegen ist. Konkret erklärten 2013 insgesamt 62 % Korruption für verbreitet, 2014 nur noch 52 % und 2015 wieder 64 %. Eine ähnliche Einschätzung zeigt sich bei informellen Beziehungen zu staatlichen Behörden. Der Anteil derer, die glauben, dass informelle Beziehungen mit den Behörden für den Geschäftserfolg wichtig sind ist nach einem Rückgang von 43 % auf 38 % in diesem Jahr wieder auf 43 % gestiegen.

Am wichtigsten sind die informellen Beziehungen für kleine Unternehmen (45 %). Für mittlere und

große Unternehmen liegt die Bedeutung solcher Beziehungen bei 37 % bzw. 38 %. Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den verschiedenen Behörden (siehe Tabelle 1 auf S. 13). Die Steuerbehörde wird am häufigsten genannt, wenn es um informelle Unterstützung für Unternehmen geht. Die regionalen Behörden folgen an zweiter Stelle, wahrscheinlich auch eine Reaktion auf die aktuelle Debatte zur Dezentralisierung der politischen Entscheidungskompetenzen. Die Polizei hingegen erhält – wohl auch in Reaktion auf aktuelle Reformen – ein vergleichsweise sauberes Image.

Andere Indikatoren, die die Bedeutung der Korruption für die Unternehmen messen, zeigen, dass Korruption nach einem Rückgang 2014 wieder attraktiver für Unternehmen geworden ist. So ist die mit Bestechungszahlungen verbundene Unsicherheit nach einem Anstieg im Vorjahr wieder gesunken. 2014 war die Zahl der Manager, die davon ausgingen, die möglichen Folgen von Bestechungszahlungen nicht vorhersagen zu können, um 5 % auf 63 % gestiegen. Im Mai 2015 liegt der entsprechende Wert nur noch bei 36 %. Dieses Ergebnis in Kombination mit steigender Korruption zeigt, dass die Unternehmen die ursprünglich erwarteten Signale einer durchgreifenden Korruptionsbekämpfung im letzten Jahr nicht erhalten haben, so dass sich Korruption jetzt bei der Mehrheit der ukrainischen Unternehmen wieder als Teil der Geschäftstätigkeit etabliert.

Korruption wird aber noch nicht als berechenbare Größe wahrgenommen. Die Zahl der Unternehmen, die die Höhe von Bestechungsgeldern für unvorhersehbar halten, war 2014 im Vergleich zum Vorjahr von 60 % auf 75 % gestiegen. 2015 verbleibt sie mit 72 % auf einem hohen Niveau. Während der entsprechende Wert für Großunternehmen von 71 % auf 61 % gesunken ist, stieg er für Kleinunternehmen von 72 % auf 75 %. Mit anderen Worten: Korruption wird als unberechenbar wahrgenommen und trägt damit zur Unsicherheit im Geschäftsumfeld bei.

Rechtsprechung

Die Bewertung der ukrainischen Justiz durch die Unternehmensvertreter hat sich ebenfalls verschlechtert. Der Anteil der, die glauben, dass aktuelle Rechtssystem in der Lage sei, die Einhaltung von Geschäftsverträgen durchzusetzen, ist nach einem Anstieg von 29 % (2013) auf 37 % (2014) im laufenden Jahr auf 24 % gesunken. Der Anteil der, die glauben, dass das Rechtsystem sie effektiv schützen kann, und die persönliche Sicherheit der Unternehmer vor Kriminalität garantieren kann, ist nach einem Anstieg von 19 % auf 27 % in diesem Jahr auf 22 % gefallen. Auch hier zeigt sich, dass die ursprünglichen Erwartungen der Unternehmen auf durchgreifende Veränderungen bisher noch nicht erfüllt worden sind.

Konflikt in der Ostukraine

Ein Grund für den tiefen Einbruch der ukrainischen Wirtschaft ist der militärische Konflikt in der Ostukraine. 27 % der befragten Unternehmen verbinden die Verschlechterung der Finanzsituation Ihres Unternehmens ausschließlich mit dem militärischen Konflikt. Weitere 35 % sehen den Konflikt als eine von mehreren Ursachen.

Die konkreten Folgen des militärischen Konflikts für die Unternehmen haben sich aus der Sicht der Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr verändert (siehe Tabelle 2 auf S. 13). Während im Sommer 2014 Probleme bei der Suche nach Abnehmern mit 44 % den ersten Platz einnahmen, verursacht im Sommer 2015 die Einbeziehung von Mitarbeitern zum Militärdienst die größten Probleme, welche von 43 % genannt werden.

Danach folgen die Probleme bei der Suche nach Kunden, logistische Schwierigkeiten und Schwierigkeiten mit Finanzdienstleistungen. Dieses Jahr haben die Unternehmen außerdem verstärkt Unterbrechungen in ihren Produktionsketten gespürt. Der Anteil der Unternehmen, die aufgrund des Separatismus in der Ostukraine Probleme mit Zulieferungen hatten, stieg von 20 % im Sommer 2014 auf 28 % in diesem Sommer.

Anstelle eines Resümees

Der verhaltene Optimismus der Unternehmen bezüglich Geschäftsklima, Korruption und Rechtsprechung, der sich kurz nach dem Machtwechsel im Sommer 2014 zeigte, hat sich 2015 nicht fortgesetzt. Dies bedeutet, dass sich die Erwartungen der Unternehmen bezüglich rascher Veränderungen in der Wirtschaft nicht erfüllt haben.

Die stärksten Belastungsfaktoren für das Geschäftsklima sind der Mangel an Reformen und der militärische Konflikt in der Ostukraine. Daher gehört die erfolgreiche Lösung des Konfliktes in der Ostukraine weiterhin zu den vorrangigen Maßnahmen, die die Unternehmen von der Regierung erwarten. Gleichzeitig werden der Regierung erste Erfolge bei der makroökonomischen Stabilisierung des Landes bescheinigt und es bleibt die Hoffnung, dass das Tempo der institutionellen Reformen sich erhöhen wird.

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines

Informationen über die Autorin finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin:
Oksana Kuziakiv ist die Geschäftsführerin des Instituts für Wirtschaftsforschung und Politikberatung in Kiew und Leiterin des Projektes zum ukrainischen Geschäftsklima. Sie ist auf die Forschung zu Geschäftstätigkeit, Konjunktur, Unternehmensentwicklung und Geschäftsklima in der Ukraine spezialisiert. Sie ist Mitglied der internationalen Forschungsgemeinschaft CIRET.

Eine frühere Analyse von ihr zum ukrainischen Geschäftsklima wurde in den Ukraine-Analysen Nr. 136 veröffentlicht, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen136.pdf>.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Ergebnisse der regelmäßigen Unternehmensbefragungen zum Geschäftsklima (August 2015)

Tabelle 1: Wo dominieren informelle Beziehungen zur Staatsverwaltung? (in % der Unternehmen, die informelle Beziehungen für wichtig oder sehr wichtig für eine erfolgreiche Geschäftsentwicklung halten)

	2011	2012	2013	2014	2015
Steuerbehörde	35 %	62 %	45 %	31 %	41 %
Polizei	31 %	54 %	40 %	27 %	30 %
Lokale Behörden	35 %	51 %	37 %	26 %	31 %
Regionale Behörden	33 %	50 %	39 %	26 %	38 %
Zentrale Staatsverwaltung	31 %	44 %	39 %	24 %	34 %
Staatliche Behörden insgesamt	42 %	64 %	48 %	32 %	37 %

Quelle: Ergebnisse der regelmäßigen Unternehmensbefragungen zum Geschäftsklima durchgeführt von Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER)

Tabelle 2: Folgen des militärischen Konflikts in der Ostukraine für das eigene Unternehmen (bis zu 5 Nennungen möglich)

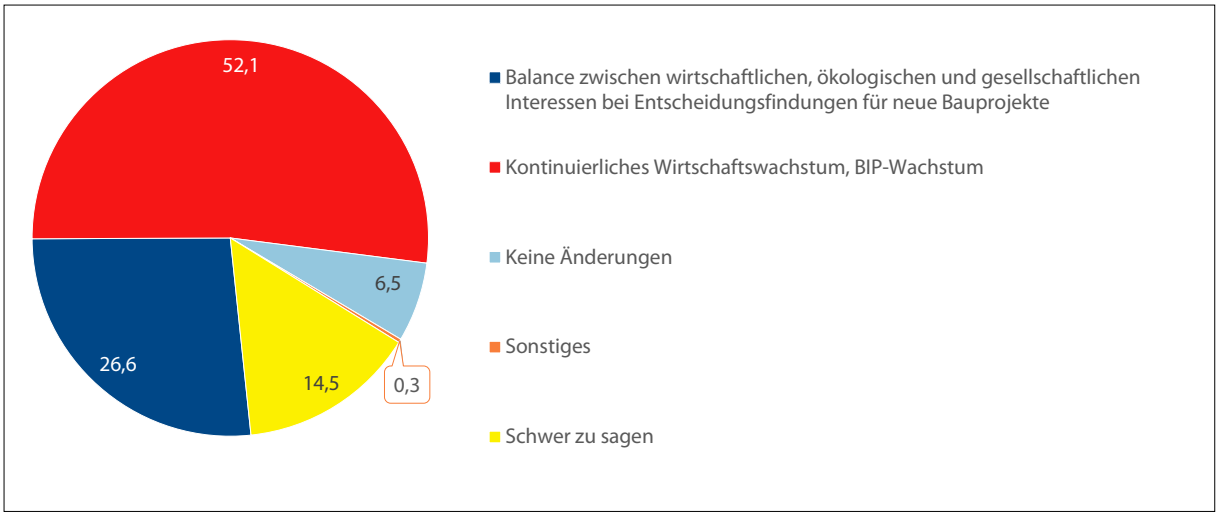
	August 2014	November 2014	August 2015
Entlassung von Mitarbeitern	-	-	3,0
Schwierigkeiten bei der Kundensuche	44,4	37,0	37,8
Schwierigkeiten bei der Logistik	38,3	33,1	35,2
Verlust von Teilen der Produktionskette	19,8	29,6	28,1
Einberufung von Mitarbeitern zum Militärdienst	14,4	24,5	42,5
Beendigung der Kooperation durch Geschäftspartner	25,5	21,0	20,0
Schwierigkeiten mit Finanzdienstleistungen	28,0	18,3	33,3
Beschränkungen der Geschäftstätigkeit/ Stilllegung der Produktion	9,1	17,1	17,4
Akquise neuer Lieferanten/ Kunden	12,8	8,2	7,4
Zunahme der Militäraufträge	5,3	6,2	4,8
Vorübergehende Beschlagnahmungen für Militärzwecke	1,2	2,7	5,2
Eigentumsbeschädigung / Eigentumsverlust	0,4	5,1	-
Sonstige	12,3	5,8	-

Quelle: Ergebnisse der regelmäßigen Unternehmensbefragungen zum Geschäftsklima durchgeführt von Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER)

UMFRAGE

Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zum Umweltschutz

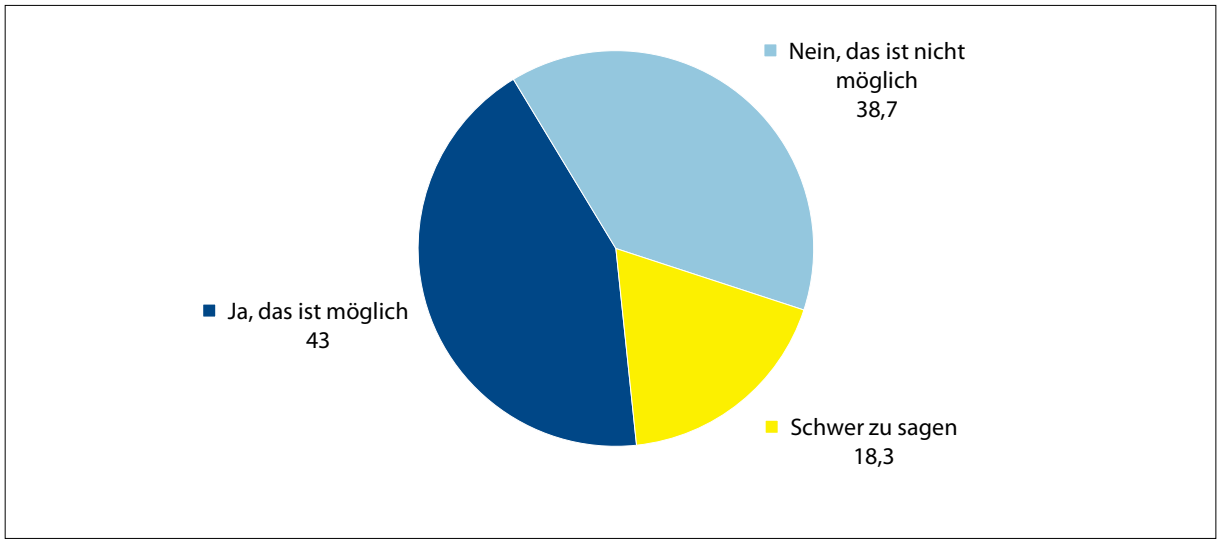
Grafik 1: Was bedeutet nachhaltige Entwicklung für Sie? (in %)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%).

Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015 auf Antrag der ukrainischen Nichtregierungsorganisation Umwelt-Mensch-Gesetz, <http://www.uceps.org/upload/1443001913_file.pdf>

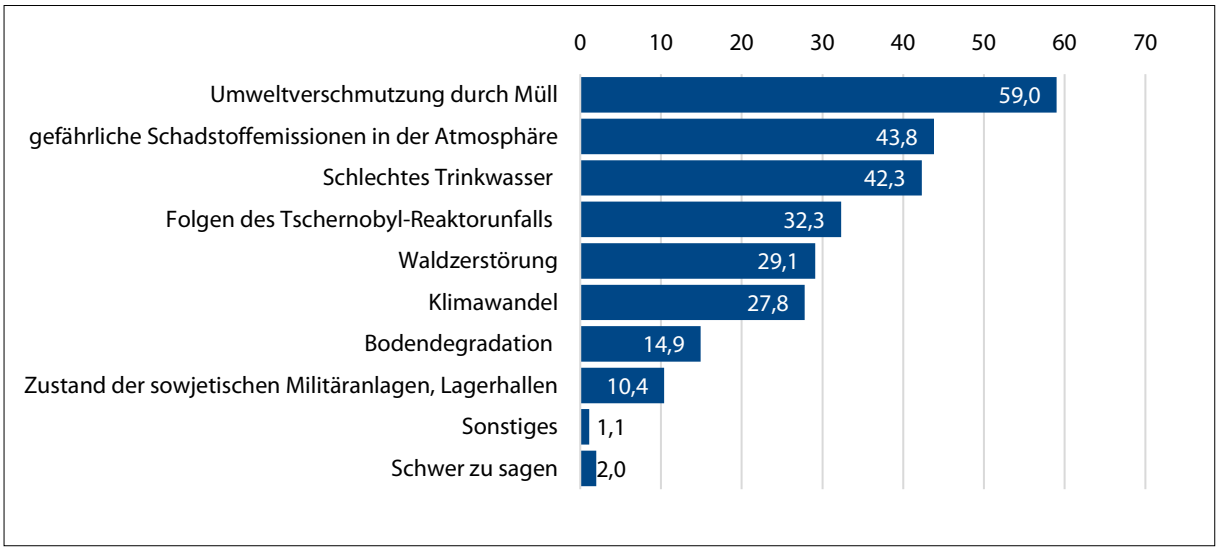
Grafik 2: Glauben Sie, dass ein Wirtschaftswachstum des Landes ohne Umweltschäden möglich ist? (in %)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%).

Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015 auf Antrag der ukrainischen Nichtregierungsorganisation Umwelt-Mensch-Gesetz, <http://www.uceps.org/upload/1443001913_file.pdf>

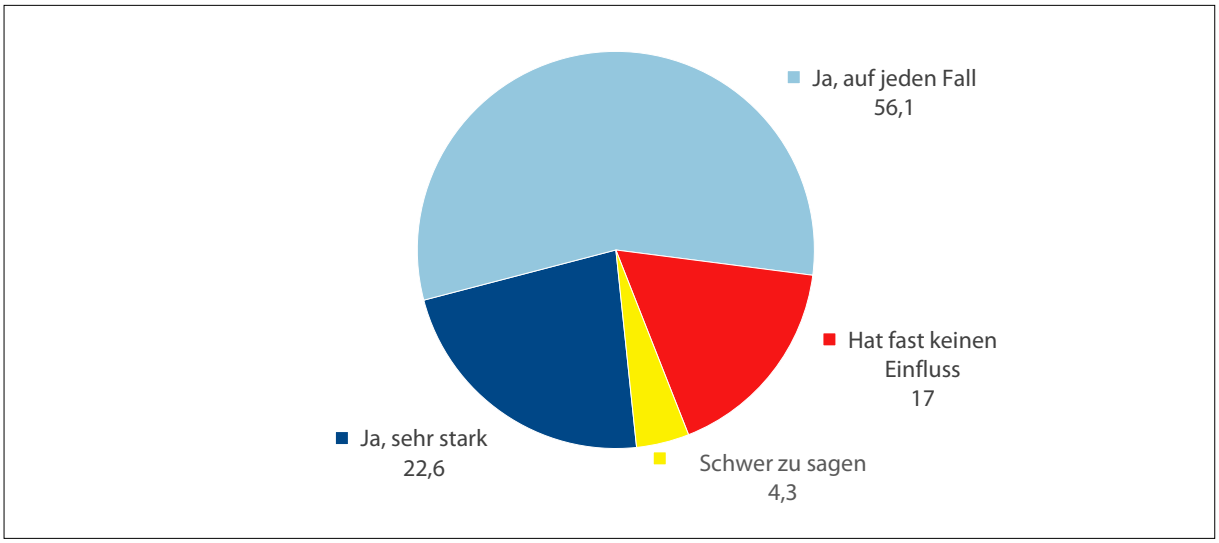
Grafik 3: Um welche Umweltprobleme in der Region / im Land sind Sie persönlich besorgt? (in %)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%).

Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015 auf Antrag der ukrainischen Nichtregierungsorganisation Umwelt-Mensch-Gesetz, <http://www.uceps.org/upload/1443001913_file.pdf>

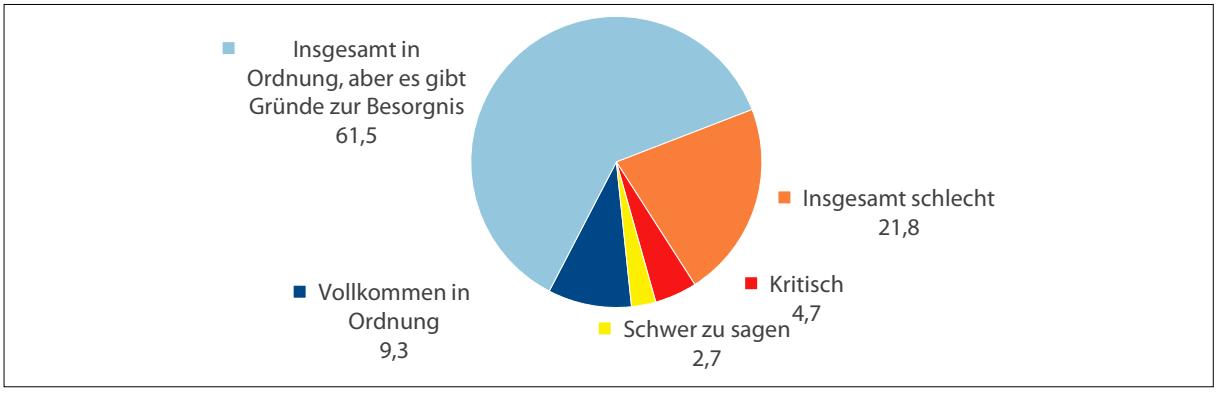
Grafik 4: Glauben Sie, dass die Umweltsituation in Ihrer Stadt / Ihrem Dorf / Land Ihr Leben und Ihre Gesundheit beeinflusst? (in %)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%).

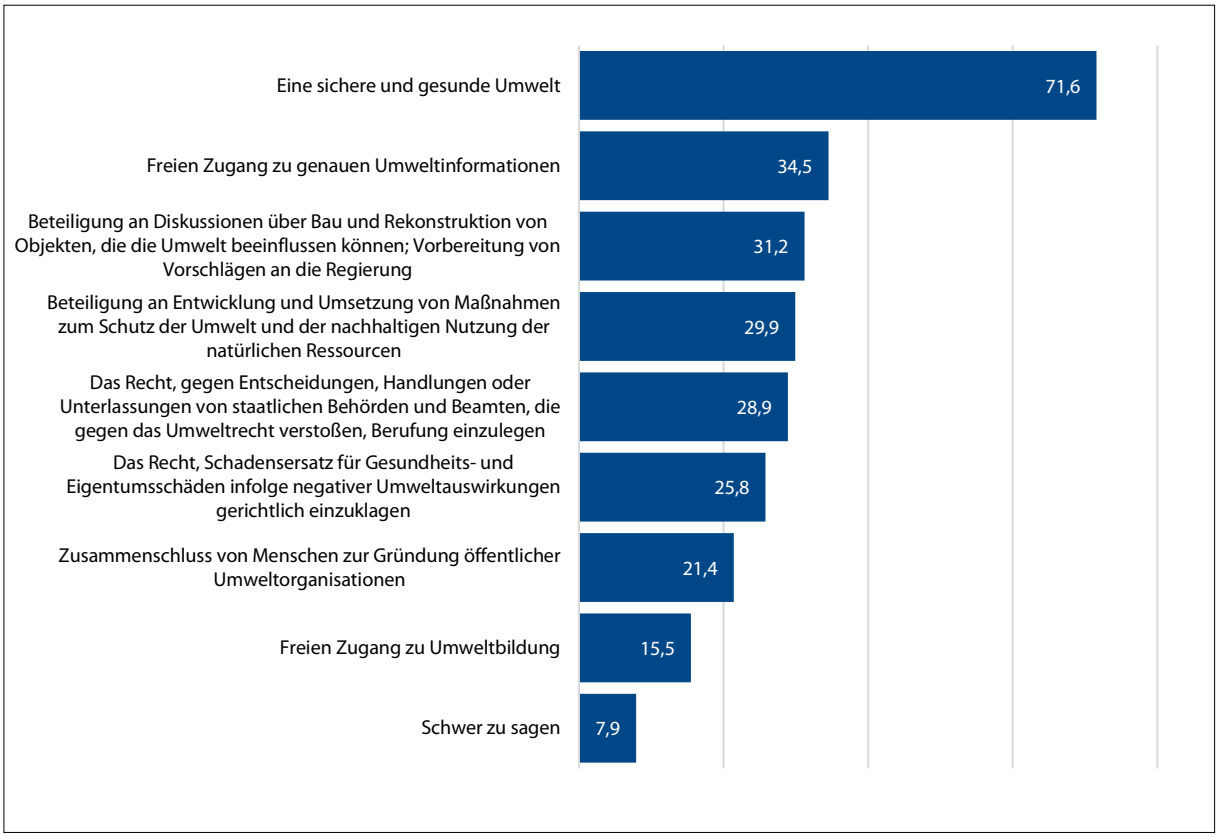
Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015 auf Antrag der ukrainischen Nichtregierungsorganisation Umwelt-Mensch-Gesetz, <http://www.uceps.org/upload/1443001913_file.pdf>

Grafik 5: Wie würden Sie die Umweltsituation in Ihrer Stadt / Ihrem Dorf einschätzen? (in %)



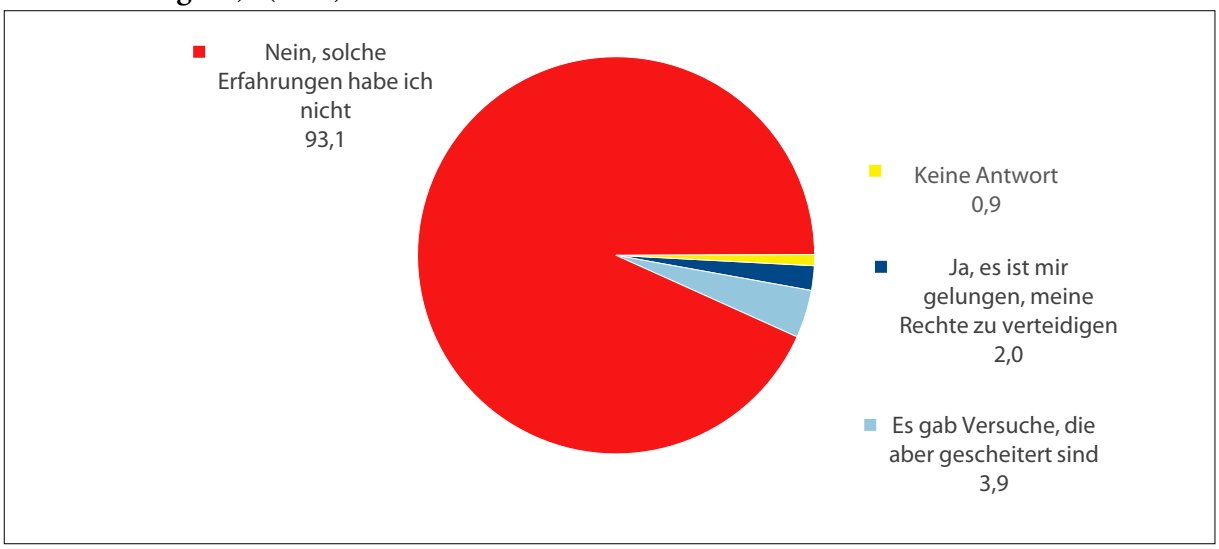
Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%).
Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015 auf Antrag der ukrainischen Nichtregierungsorganisation Umwelt-Mensch-Gesetz, <http://www.uceps.org/upload/1443001913_file.pdf>

Grafik 6: Was umfasst Ihrer Meinung nach das Konzept der »Umweltrechte«? (in %)



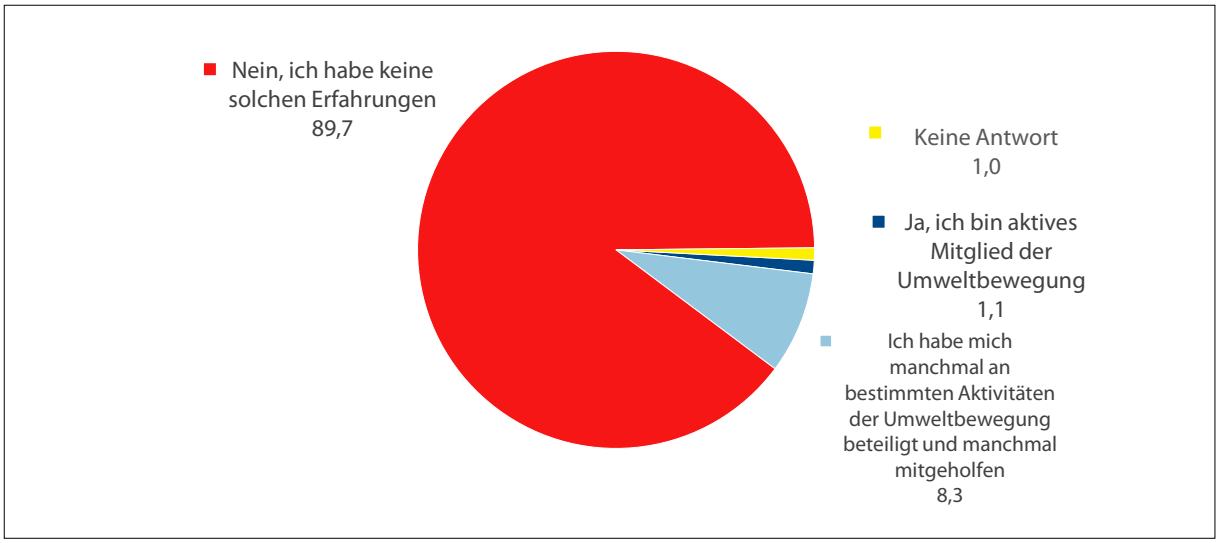
Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%).
Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015 auf Antrag der ukrainischen Nichtregierungsorganisation Umwelt-Mensch-Gesetz, <http://www.uceps.org/upload/1443001913_file.pdf>

Grafik 7: Haben Sie Erfahrungen beim Schutz Ihrer Umweltrechte (egal ob positiv oder negativ)? (in %)



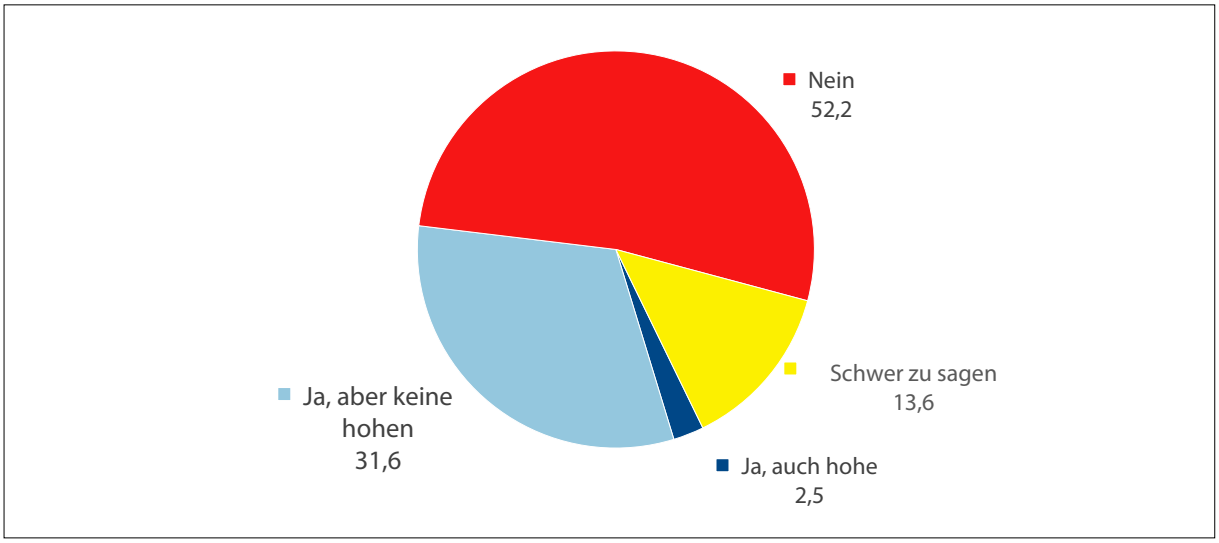
Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%).
Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015 auf Antrag der ukrainischen Nichtregierungsorganisation Umwelt-Mensch-Gesetz, <http://www.uceps.org/upload/1443001913_file.pdf>

Grafik 8: Sind oder waren Sie an der Umweltbewegung beteiligt? (in %)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%).
Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015 auf Antrag der ukrainischen Nichtregierungsorganisation Umwelt-Mensch-Gesetz, <http://www.uceps.org/upload/1443001913_file.pdf>

Grafik 9: Sind Sie bereit, bestimmte finanzielle Kosten für die Verbesserung der Umwelt in Ihrer Gemeinde zu tragen? (in %)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%).
Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015 auf Antrag der ukrainischen Nichtregierungsorganisation Umwelt-Mensch-Gesetz, <http://www.uceps.org/upload/1443001913_file.pdf>

DOKUMENTATION

Abschlussbericht zur Absturzursache von Flug MH17 (Auszüge, 13.10.2015)

The crash of flight MH17 on 17 July 2014 was caused by the detonation of a 9N314M-type warhead launched from the eastern part of Ukraine using a Buk missile system. So says the investigation report published by the Dutch Safety Board today. Moreover, it is clear that Ukraine already had sufficient reason to close the airspace over the eastern part of Ukraine as a precaution before 17 July 2014. None of the parties involved recognised the risk posed to overflying civil aircraft by the armed conflict in the eastern part of Ukraine.
(…)

Buk missile system

The investigation has shown that flight MH17 progressed normally up to the moment when the aeroplane was flying over the eastern part of Ukraine. At 13.20 UTC (Coordinated Universal Time) a 9N314M warhead, launched by a Buk surface-to-air missile system from a 320-square-kilometre area in the eastern part of Ukraine, detonated to the left and above the cockpit. The forward section of the aircraft was penetrated by hundreds of high-energy objects coming from the warhead. As a result of the impact and the subsequent blast, the three crew members in the cockpit were killed immediately and the aeroplane broke up in the air. Wreckage from the aeroplane was distributed over various sites within an area of 50 square kilometres. All 298 occupants were killed.

The Dutch Safety Board has established the cause of the crash on the basis of several sources. For example, the weapon system used was identified on the basis of, among other things, the damage pattern on the wreckage, the fragments found in the wreckage and in the bodies of crew members, and the way in which the aircraft broke up. The findings are supported by the data on the flight recorders; the Cockpit Voice Recorder picked up a sound peak during the final milliseconds. In addition, traces of paint on a number of missile fragments found match the paint on parts of a missile recovered from the area by Dutch Safety Board. Other potential causes, such as an explosion inside the aeroplane or an air-to-air missile, have been investigated and excluded. No scenario other than a Buk surface-to-air missile can explain this combination of facts. The 320-square-kilometre area from which the missile was launched has been determined on the basis of various simulations. Additional forensic investigation will be needed to establish the exact launching location; however, such an investigation lies outside the scope of the Dutch Safety Board's mandate.

The airspace over the eastern part of Ukraine

The airspace over the eastern part of Ukraine was much in use: between 14 and 17 July 2014, 61 operators from 32 countries routed their flights through this airspace. On the day of the crash, until the airspace was closed, 160 commercial airliners flew over the area. Malaysia Airlines prepared and operated flight MH17 in accordance with regulations. As the state of departure, the Netherlands had no responsibility to advise Malaysia Airlines (or KLM, as its code share partner) with regard to the chosen flight route.

On 17 July 2014 an armed conflict was taking place in the eastern part of Ukraine. In the preceding months, the conflict had expanded into the airspace: from late April the number of military aircraft downed increased. According to statements by the Ukrainian authorities, in two cases long-range weapons were used. In the Dutch Safety Board's opinion, Ukraine had sufficient reason to close the entire airspace over the eastern part of Ukraine as a precaution. Instead, on military grounds flying at lower altitudes was restricted. The same turns out to apply to conflict areas elsewhere in the world: it is rare for a state to close its airspace because of an armed conflict. (…)

Quelle: Dutch Safety Board: Final report MH17, Press Release, <http://cdn.onderzoeksraad.nl/documents/pressrelease-mh17-en.pdf>

CHRONIK

28. September – 11. Oktober 2015

28.09.2015	Pro-ukrainische Aktivisten, die an der Blockade der Zufahrtsstraßen zur Krim beteiligt waren, blockieren Bahngleise zu einer Fabrik des Unternehmers Dmytro Firtasch auf der Krim. Die Blockade dient der Unterbindung des Handels zwischen der Ukraine und der von Russland annektierten Halbinsel.
28.09.2015	Energieminister Wolodymyr Demtschyschyn kündigt eine Tariferhöhung für die Stromversorgung der Krim vom Festland der Ukraine aus an. Die Preise sollten um 16 % steigen. Demtschyschyn macht keine Angaben zum Zeitpunkt der Erhöhung.
28.09.2015	Das russische Transportministerium gibt in einer Pressemitteilung bekannt, dass ukrainischen Fluggesellschaften die Nutzung russischen Luftraums ab dem 25. Oktober 2015 untersagt sei. Damit reagiert Russland auf ukrainische Sanktionen vom 25. September 2015, nach denen es russischen Fluggesellschaften ebenfalls ab dem 25. Oktober 2015 verboten ist, ukrainische Flughäfen anzusteuern.
29.09.2015	In Kiew beginnt der Prozess gegen die beiden Angehörigen des russischen Militärgeheimdienstes GRU, Ewgenij Erofejew und Aleksandr Aleksandrow, die im Mai 2015 auf dem Territorium der Ukraine festgenommen worden waren. Die Anklage lautet unter anderem auf Teilnahme an einem Angriffskrieg. Zuvor hatte ein Kiewer Gericht ihre Untersuchungshaft um 60 Tage verlängert.
29.09.2015	Die Website des ehemaligen russischen Energieunternehmers Michail Chodorkowskij veröffentlicht ein Video, das die in Russland inhaftierte ukrainische Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko dabei zeigen soll, wie Separatisten der »Volksrepublik Luhansk« sie auf ukrainischem Territorium gefangen nehmen. Die russischen Ermittlungsbehörden vertreten die Version, dass Sawtschenko die Grenze zu Russland eigenmächtig überquert habe, bevor sie dort aufgegriffen wurde.
29.09.2015	Der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew erklärt, dass Russland der Ukraine keine Handelsprivilegien mehr gewähren werde, wenn der wirtschaftliche Teil des Assoziationsabkommens zwischen der Ukraine und der EU in Kraft trete. Dies ist für den 1. Januar 2016 angesetzt.
29.09.2015	Die Sprecherin des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma, der die Ukraine bei den Verhandlungen der trilateralen Kontaktgruppe in Minsk vertritt, erklärt, dass die Kontaktgruppe aus Russland, der Ukraine und der OSZE ein Dokument zum Abzug schwerer Waffen von Kalibern unter 100 Millimetern unterzeichnet habe. Es würden nun die Unterschriften der Separatistenführer Oleksandr Sachartschenko und Ihor Plotnyzkyj erwartet. Nach Angaben des OSZE-Vertreters Martin Sajdik sollen zunächst die Panzer, danach die Artillerie und schließlich die Granatwerfer abgezogen werden.
30.09.2015	Die Ukraine rutscht im Rating des Weltwirtschaftsforums zur Wettbewerbsfähigkeit vom 76. auf den 79. Platz ab.
30.09.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, dass für finanzschwache Haushalte im kommenden Winter die ersten 200 Kubikmeter Gas zu 50 % subventioniert würden. Ab dem 201. Kubikmeter müsse der volle Preis gezahlt werden.
01.10.2015	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Luhansk«, Ihor Plotnyzkyj, unterzeichnet das Dokument der Kontaktgruppe zum Abzug schwerer Waffen von Kalibern unter 100 Millimetern. Oleksandr Sachartschenko, der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, hatte das Dokument bereits am Vortag unterzeichnet. Der tatsächliche Abzug werde aber verschoben, da ukrainische Streitkräfte Donezk beschossen hätten, erklärt Sachartschenko.
02.10.2015	Die Staatsanwaltschaft leitet Ermittlungen gegen den Vorsitzenden der rechtsradikalen Partei Freiheit im Gebiet Kiew, Ihor Sabij, ein. Ihm wird Beteiligung an den Unruhen vor dem Parlamentsgebäude am 31. August 2015 vorgeworfen. Dort hatten Anhänger verschiedener Organisationen gegen das Dezentralisierungsgesetz protestiert. Durch eine Granate waren vier Polizisten und Nationalgardisten ums Leben gekommen.
02.10.2015	In Paris geht am Abend das Treffen der Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands, der Ukraine und Russlands (»Normandie-Format«) zu Ende. Präsident Petro Poroschenko erklärt, man habe den Abzug der Waffen von Kalibern unter 100 Millimetern detailliert geplant. Am Morgen nach dem Treffen erklärt Frankreichs Präsident François Hollande, man sei übereingekommen, dass im Donbass keine Wahlen stattfinden sollten, die nicht den Minsker Vereinbarungen entsprechen. Um Wahlen in den besetzten Gebieten zu organisieren, die den Vereinbarungen und den Kriterien der OSZE genügen, sei mehr Zeit nötig als ursprünglich geplant – sie könnten erst im Jahr 2016 stattfinden. Am Tag der Wahlen solle der Sonderstatus der Gebiete in Kraft treten, so Hollande weiter, woraufhin schließlich die Ukraine die Kontrolle über die Gebiete wiedererlangen solle. Zudem sollten alle Kandidaten, die sich in den besetzten Gebieten zur Wahl stellen, Immunität genießen. Auch eine Amnestie solle mit den Wahlen einhergehen. Poroschenko erklärt später, der russische Präsident Wladimir Putin habe versprochen, sich dafür einzusetzen, dass die Separatisten die für Oktober und November 2015 angesetzten Wahltermine absagen. Bei dem Treffen in Paris hatten sich die Teilnehmer darauf geeinigt, mit den Minsker Vereinbarungen konforme Lokalwahlen einzufordern.
03.10.2015	Der ukrainische Generalstab erklärt, er bereite den Abzug der schweren Waffen von Kalibern unter 100 Millimetern vor. Auch die Separatisten der »Volksrepublik Luhansk« erklären, den Abzug eingeleitet zu haben. Eduard Basurin von der »Volksrepublik Donezk« hingegen erklärt, die Donezker Separatisten würden die Waffen erst ab dem 18. Oktober 2015 abziehen, unter der Bedingung eines anhaltenden Waffenstillstands.

04.10.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass eine ihrer Drohnen zwei Panzer der »Volksrepublik Donezk« in einem Dorf nordöstlich von Mariupol ausgemacht habe, die aus dem Gebiet hätten abgezogen werden müssen.
04.10.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass bei einem Besuch im Dorf Troitske, das von der Ukraine kontrolliert wird, Bewohner von einer Razzia des Freiwilligenbataillons Dnipro-1 berichtet hätten. Die Angehörigen des Bataillons hätten sich gewaltsam Zugang zu den Häusern verschafft und die Identität der Bewohner überprüft.
04.10.2015	Der ukrainische Generalstab erklärt, in den vergangenen drei Tagen sei der Waffenstillstand vollkommen eingehalten worden.
04.10.2015	Präsident Petro Poroschenko erklärt, US-Präsident Barack Obama habe eine Lieferung defensiver Artillerie an die Ukraine bewilligt.
05.10.2015	Nachdem die Staats- und Regierungschefs der Ukraine, Russlands, Deutschlands und Frankreichs sich bei einem Treffen am 3. Oktober 2015 gegen die von den Separatisten angesetzten Lokalwahlen im Herbst 2015 ausgesprochen hatten, erklärt ein Vertreter der »Volksrepublik Donezk« in der Arbeitsgruppe zu politischen Fragen, der Wahltermin könne in beiden »Volksrepubliken« verschoben werden. Dazu müsse die Ukraine an den entsprechenden Stellen ihre Gesetzgebung ändern. Erstens müssten die Teilnehmer eine Amnestie erhalten. Zweitens müsse das Wahlgesetz dahingehend geändert werden, dass auch Parteien zur Wahl antreten können, die in der Ukraine nicht registriert sind.
05.10.2015	Vertreter der ukrainischen Streitkräfte erklären, dass im Gebiet Luhansk der Abzug der schweren Waffen von Kalibern unter 100 Millimetern begonnen habe.
05.10.2015	Die Weltbank prognostiziert für das Jahr 2016 eine Inflationsrate von 20 %.
05.10.2015	Im Gebäude des Staatskonzerns Ukrenergo führen maskierte Bewaffnete eine Durchsuchung durch. Das Innenministerium erklärt später, die Razzia habe aufgrund des Verdachts stattgefunden, dass Vertreter des Konzerns in den Jahren 2010 bis 2014 Waren und Dienstleistungen von privaten Firmen zu überhöhten, falsch deklarierten Preisen bezogen und die Differenz einbehalten hätten.
06.10.2015	Ein Vertreter der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet Donezk erklärt, die Mehrheit der Panzer sei aus dem Gebiet abgezogen.
06.10.2015	Das Parlament gesteht per Gesetz den Hinterbliebenen der Demonstranten, die während des Umsturzes von Präsident Janukowytsch im Jahr 2014 ums Leben gekommen sind, den Status von Angehörigen von Kriegsveteranen zu. Dieser Status geht einher mit zusätzlichen Sozialleistungen und Vergünstigungen. Das Gesetz erstreckt sich nicht auf Angehörige umgekommener Polizisten.
06.10.2015	Das Parlament nimmt in zweiter Lesung ein Gesetz an, das es Ausländern erlaubt, in bewaffneten Konflikten auf der Seite der Ukraine zu kämpfen.
06.10.2015	Vertreter der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk erklären laut örtlichen Medien, die ursprünglich für Herbst 2015 angesetzten Lokalwahlen auf das Frühjahr 2016 verschieben zu wollen. Die Absage der Wahlen im Herbst war auf dem Treffen im Normandie-Format am 2. Oktober 2015 in Paris vereinbart worden. Der ehemalige Präsident der Ukraine, Leonid Kutschma, der das Land in der trilateralen Kontaktgruppe aus OSZE, Russland und der Ukraine vertritt, begrüßt die Entscheidung, betont aber, zur Durchführung freier und fairer Wahlen sei es außerdem nötig, die Ergebnisse der Lokalwahlen in den besetzten Gebieten vom November 2014 zurückzunehmen.
07.10.2015	Das Verteidigungsministerium veröffentlicht auf Anfrage der Nichtregierungsorganisation Zentr UA Informationen über 597 ukrainische Soldaten, die seit Beginn des Jahres 2014 außerhalb militärischer Handlungen ums Leben gekommen sind. 171 von ihnen haben Selbstmord begangen, weitere 137 kamen durch Unfälle wie Ertrinken und Vergiftung ums Leben, 90 wurden ermordet, 112 starben in Autounfällen und 87 kamen durch »Missachtung von Sicherheitsregeln« ums Leben.
07.10.2015	Ein Sprecher der Präsidialverwaltung erklärt, die ukrainischen Streitkräfte sähen Anzeichen dafür, dass die Separatisten mit dem Abzug der schweren Waffen von Kalibern unter 100 Millimetern begonnen hätten.
07.10.2015	Der US-Senat verabschiedet ein Gesetz zum Militärhaushalt des Jahres 2016. Darin befindet sich ein Posten für militärische Hilfe für die ukrainische Armee in Höhe von 300 Millionen US-Dollar. Die Lieferungen sollen auch letale Waffen umfassen, darunter Panzerabwehrsysteme und Granatwerfer. Das Gesetz muss vom US-Präsidenten noch unterschrieben werden.
08.10.2015	Die ukrainischen Streitkräfte melden der OSZE-Beobachtermission den Beschuss einer ihrer Positionen nahe dem Dorf Troitske im Gebiet Luhansk. Ein Sprecher erklärt, es solle ein außerordentliches Treffen der trilateralen Kontaktgruppe einberufen werden.
08.10.2015	Der stellvertretende Leiter der OSZE-Beobachtermission, Alexander Hug, erklärt auf einer Pressekonferenz, dass der Abzug der schweren Waffen von beiden Seiten bisher nicht zufriedenstellend umgesetzt werde. Immer wieder besuche die Mission Unterbringungsorte, an denen nicht die vereinbarten Waffen gefunden würden.

08.10.2015	Das Parlament führt per Gesetz die staatliche Parteienfinanzierung ein. Es verpflichtet die Parteien, über die Nutzung der Mittel Bericht zu erstatten. Anspruch auf Finanzierung hat eine Partei ab der nächsten Parlamentswahl, wenn sie in den jeweils zurückliegenden Wahlen über 2 % der Wählerstimmen erhalten hat. In der aktuellen Legislaturperiode liegt die Grenze zur Finanzierung bei 5 % der Wählerstimmen. Die Finanzierung soll am 1. Juni 2016 beginnen.
09.10.2015	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, setzt per Erlass die Lokalwahlen auf den 20. März 2016 an. »Parlamentssprecher« Denis Puschilin erklärt, man mache damit einen Schritt auf die Ukraine zu. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko erklärt unterdessen, für die Durchführung von Lokalwahlen sei es unerlässlich, dass alle russischen Streitkräfte das Land verließen.
09.10.2015	Die Staatsanwaltschaft leitet ein Verfahren gegen zwölf Personen ein, die verdächtigt werden, im Februar 2014 die Angriffe auf Demonstranten des Maidan organisiert zu haben. Während der Proteste gegen den Präsidenten Wiktor Janukowytsch hatten zivile Schlägertrupps, so genannte »Tituschki«, wiederholt Demonstranten attackiert.
10.10.2015	Bei einem Treffen der Finanzminister Russlands und der Ukraine können sich beide Seiten nicht auf eine Umstrukturierung der ukrainischen Schulden einigen. Russland hatte der Ukraine im Jahr 2013 einen Kredit in Höhe von 15 Milliarden US-Dollar zugesagt und die ersten drei Milliarden Dollar ausgezahlt. Die Frist zur Rückzahlung läuft im Dezember 2015 ab. Die Ukraine hatte Russland gebeten, die Zahlungsfrist analog zur Regelung mit den privaten Gläubigern zu verlängern. Der russische Finanzminister Anton Siluanow erklärt jedoch, Russland sei kein privater Gläubiger und bestehe auf der vollen und fristgerechten Rückzahlung.
10.10.2015	In einem Gespräch mit Teilnehmern der »Anti-Terror-Operation« nennt Präsident Poroschenko den Einsatz einen »Vaterländischen Krieg für die Unabhängigkeit der Ukraine«. Der Begriff hat hohe Symbolwirkung, da der Krieg der Sowjetunion gegen Hitlerdeutschland als »Großer Vaterländischer Krieg« bezeichnet wird.
10.10.2015	Nachdem der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, am 9. Oktober 2016 die Lokalwahlen auf den 20. März 2016 angesetzt hatte, verschiebt er sie per Erlass um einen weiteren Monat auf den 20. April 2016.
10.10.2015	Im von Separatisten kontrollierten Donezk schlägt eine Granate in ein Wohnhaus ein. Nach Angaben einer Nachrichtenagentur der »Volksrepublik Donezk« kommt ein Zivilist ums Leben. Vertreter der »Volksrepublik« beschuldigen die ukrainischen Streitkräfte des Angriffs. Vertreter der Armee bestreiten die Vorwürfe. Ein Vertreter der OSZE-Beobachtermission erklärt, man habe Informationen über ein Feuergefecht in der Nähe des Flughafens von Donezk und sei auch über den Tod eines Zivilisten durch den Granatbeschuss unterrichtet. Er ruft beide Seiten zur Einhaltung des Minsker Abkommens auf und erklärt, es gebe bisher keine Informationen zum Ablauf des Geschehens.
11.10.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, sie habe von den Separatisten der »Volksrepublik Luhansk« einen detaillierten Plan zum Abzug der schweren Waffen von Kalibern unter 100 Millimetern erhalten.
11.10.2015	Im ukrainisch kontrollierten Dorf Hranitne im Gebiet Donezk wird ein zwölfjähriger Junge bei der Explosion eines Sprengsatzes an den Beinen verletzt und ins Krankenhaus eingeliefert.
11.10.2015	Ein Sprecher der ukrainischen Armee erklärt, der Tag sei ohne Schusswechsel verlaufen, der Waffenstillstand werde eingehalten.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde
Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)
Satz: Matthias Neumann
Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.
ISSN 1862-555X © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter <www.laender-analysen.de>.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste
Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>